

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, S. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 84

Ercheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich M. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlagspreis: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg., im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 287

Sonntag, den 9. Dezember 1928.

83. Jahrgang

Tageschau.

Die deutsche Delegation für die Verhandlungen des Völkerbundsrats in Lugano hat am Freitagabend Berlin verlassen. Sie wird geführt durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der von Staatssekretär Dr. von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gans begleitet ist. Briand ist bereits am Freitag früh über Genf nach Lugano gefahren, während Chamberlain gleichfalls am Freitagabend London verlassen hat.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind abermals unterbrochen worden. Sie sollen am 16. Dezember fortgesetzt werden. Die Stellungnahme der polnischen Regierung zu den deutschen Vorschlägen steht noch aus.

Auf dem Parteitag des Zentrums in Köln wurde der Abgeordnete Joos zum Parteivorstand vorgeschlagen, der aber die Übernahme des Amtes ablehnte.

Nach Meldungen aus Mainz entfaltet die französische Geheimpolizei nach wie vor eine stierhafte Tätigkeit in der angeblichen Spionageaffäre. Die Reichsregierung wird gegen die erfolgten Verhaftungen Protest einlegen.

Nach Meldungen aus Afghanistan soll es dem König Amanullah gelungen sein, die Russländer entscheidend zu schlagen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Die innerpolitische Lage.

Es ist merkwürdig, daß nach kurzen Aufwallungen das innerpolitische Leben Deutschlands immer wieder in den Zustand einer müden Resignation zurückfällt. Man kann darin ein Zeichen für die mangelnde Gesundheit unserer innerpolitischen Verhältnisse sehen, die ein frisch-fröhliches, von sachlichen inneren Kämpfen bewegtes Leben einfach nicht mehr aufkommen lassen, weil alles in dem Geschlebe und Getue der parlamentarischen Kulispolitik untergeht.

Im Sommer wurde nach den Wahlen der erste Versuch unternommen, eine Regierung mit fester Mehrheit zu bilden. Bei der Lage der Dinge und bei den psychologischen Gegebenheiten kam dafür nur die Große Koalition in Frage. Es bedeutet überhaupt für den gegenwärtigen Reichstag eine schwere Belastung, daß in ihm eigentlich nur eine einzige haltbare Regierungsbildung möglich ist. Wenn man dazu die allseitige Angst vor den Neuwahlen nimmt, aus denen ja praktisch etwas Brauchbares nicht herauskommen würde, dann begreift man die Sorgen der jetzigen Regierungsparteien und ihren immer wiederholten Wunsch, doch noch zu einer Vereinbarung und zu einem haltbaren Regierungsprogramm zu gelangen.

Nach dem Zusammenritt des Reichstages im Herbst wurden die Führer wieder ausgetrennt. Aber zu sachlichen Verhandlungen kam es erst gar nicht, denn schon wieder zeigten sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungsparteien, die jede weitere Beratung von vornherein ausgeschlossen erscheinen ließen. So beschränkte man sich darauf, von Fall zu Fall weiter zu regieren und im Parlament Mehrheiten für die Vorlagen zu suchen, immer in der Hoffnung, daß die Opposition es schließlich doch nicht zu einer offenen Regierungskrise treiben würde, eben immer aus besagter Abneigung gegen Neuwahlen. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Der Panzerkreuzer wurde mit den Stimmen der Rechten bewilligt, in der Frage der Technischen Rathilfe läßt sich die Sozialdemokratie wahrscheinlich von den bürgerlichen Parteien überstimmen. Bei den Ruhrunterstützungen ist ein notdürftiges Kompromiß zusammengebastelt worden. Andere Fragen schiebt man auf die lange Bank, und inzwischen fährt Dr. Stresemann nach Genf, wodurch sich die willkommene Notwendigkeit ergibt, die Koalitionsverhandlungen bis nach Weihnachten zu vertagen.

Aber der Reichsfinanzminister muß schließlich einmal mit seinem Haushalt an die Öffentlichkeit kommen. Ganz vorsichtig hat er durch die ihm nahestehende Presse vorführen lassen, wie man sich zu diesen oder jenen Steuerplänen stellt, denn 300 Millionen Mark soll allein an Steuern das deutsche Volk im nächsten Jahr zahlen, wobei noch die Frage ungeklärt bleibt, auf welchem Wege das mindestens noch einmal so große Loch im Reichshaushalt gestopft werden soll. Das Echo dieser Vorschläge war für den Reichsfinanzminister unerfreulich genug. Die Erhöhung der Biersteuer wurde von der Bayerischen Volkspartei rundweg abgelehnt, die sich auf ihrem jüngsten Parteitag mit großem Nachdruck gegen diese und noch manche andere Vorschläge aussprach. Ueberhaupt liegt der Schlüssel zur parlamentarischen Lage bis zu einem gewissen Grade bei der Bayerischen Volkspartei, die zwar nicht wegen ihrer ablehnenden Haltung

sondern wegen ihrer engen Verbindung mit dem Zentrum für die Große Koalition von wesentlicher Wichtigkeit ist. Die Bayerische Volkspartei hat sich weiterhin gegen das geplante Steuervereinheitsgesetz ausgesprochen, das die Regierung soeben dem Reichstag vorgelegt hat und wegen dessen es zu schwerwiegenden parlamentarischen Auseinandersetzungen kommen wird. Denn mindestens ein Teil dieses Gesetzes, nämlich das Gebäude-Entschuldungs-Steuer-gesetz, (sprich Mietzinssteuer) bedarf einer verfassungsändernden Mehrheit, für die im gegenwärtigen Reichstag keine große Aussicht vorhanden ist.

Grundsätzlich ebenso wichtig sind die Vorbehalte und Forderungen der Bayerischen Volkspartei zur Frage der Reichsreform. Der föderalistische Standpunkt dieser Partei ist bekannt. Sie wehrt sich mit Recht dagegen, daß die Länder durch die Ausschüttungssatzung finanziell weiter geschwächt werden. Sie verlangt, daß die Frage der Reichsreform in der von Ministerpräsident Dr. Heib skizzierten Art in Angriff genommen werde. Außerdem fordert sie, daß die neue Reichsregierung endlich die Zinszahlungen für die bayrischen Rechte aus dem Post- und Eisenbahnvertrag aufnehme und die Biersteuergemeinschaft anerkenne. Dies ist ein Bündel von Forderungen, die bei den übrigen Regierungsparteien, vielleicht mit Ausnahme des Zentrums, keinen begeisterten Widerhall finden werden. Wahrscheinlich wird man, soweit es irgend geht, sich darauf einigen, auch diese Frage auf die lange Bank zu schieben. Den Bedürfnissen einer sachlich eingestellten Politik wird damit in keiner Weise Genüge getan, da gerade die Reichsreform jetzt keinen Aufschub mehr duldet. Denn bei den im Anfang des nächsten Jahres auch notwendigen Verhandlungen über einen neuen, wieder nur vorläufigen Finanzausgleich, wird es sich zeigen, daß der finanzielle Bogen in Deutschland bis zum Flaken gespannt ist. Es würde eine schwere Schädigung der berechtigten Interessen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Steuerzahler bedeuten, wenn auf ihre Kosten nochmals die notwendige Reform unserer öffentlichen Verwaltung und unserer staatlichen Gliederung verschoben würde, nur weil die Parlamentarismehrheiten sich nicht auf das sachlich dringend Erforderliche einigen können.

Sollte aber diese Entwicklung Wirklichkeit werden, dann würde das gegenwärtige Regierungssystem damit eine Verantwortung auf sich laden, die an die Wurzel seines Bestehens rührt. Auch in der für das parlamentarische System an sich begeisterten Presse finden sich heute belorgte Mahnungen in Hülle und Fülle, daß ein Fortbauern des gegenwärtigen Zustandes geschäftiger Latenzhaftigkeit gegenüber den dringenden Erfordernissen des Tages das ganze System in den weitesten Kreisen des Volkes in Mißkredit bringen müßte.

Die Tätigkeit der französischen Polizei im besetzten Gebiet.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, entfaltet in der angeblichen Spionageaffäre Kray-Frisch die französische Polizei in Mainz nach wie vor eine stierhafte Tätigkeit. Es werden fortwährend Personen festgenommen und einem Verhör vor der Sureté unterworfen. Die Geheimpolizei der Besatzungsbehörde hat nach Ansicht des Blattes bei dem verhafteten Frisch Material gefunden, durch das weitere Personen befallen sind. Sie beschränkt sich, wie die „Voss. Ztg.“ behauptet, nicht darauf, Nachforschungen im besetzten Gebiet anzustellen, sondern ihre Agenten in dieser Angelegenheit sind auch im unbesetzten Deutschland tätig. Die Sureté überwacht in Mainz und anderswo eine ganze Reihe von Personen, auch deutsche Behörden müssen sich dem Blatt zufolge ihre Lieberwachung gefallen lassen. Das Blatt verweist darauf, daß es immer noch ungeklärt ist, was den Beschuldigten vorgeworfen wird. Es unterstreicht ebenso, daß bis zur Stunde weder die Rheinlandkommission noch militärische Stellen in Mainz ein Wort der Entschuldigung bei der deutschen Regierung darüber gefunden haben, daß sie durch die Bezeichnung der amtlichen Räume der Reichsvermögensverwaltung in Mainz, ohne daß deren Chef vorher davon benachrichtigt worden wäre, sich eine Verletzung der deutschen Hoheitsrechte haben zuschulden kommen lassen.

Das „Tempo“ ergänzt diese Nachricht dahin, daß ein Hausmeister Deschamps verhaftet, aber nach einem kurzen Verhör wieder freigelassen wurde. Außerdem werde nach dem schon einmal verhafteten, aber dann wieder entlassenen Hauswart Schilling gefolgt, der anscheinend das besetzte Gebiet verlassen hat.

Deutscher Protest gegen die Mainzer Verhaftungen.

Frankfurt a. M., 8. Dezember. Gegen das Vorgehen der französischen Polizei im Mainzer Reichsvermögensamt wird die deut-

Regierung Protest bei der französischen Regierung einlegen, mit der Betonung, daß die Verhaftungen im Reichsvermögensamt Hausfriedensbruch und Verletzung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet darstellen, auch dann, wenn die Befehldigungen gegen die Verhafteten zu Recht bestehen sollten. Die Mainzer Blätter, die vor einigen Tagen die Meldung von der Verhaftung einiger französischer Offiziere brachten, wurden von den Franzosen gezwungen, die Meldung zu widerrufen.

Lugano.

Berlin, 7. Dez. (Eigene Meldung.) Die Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs sind nach Lugano unterwegs, und voraussichtlich werden schon am Sonntag die ersten Unterhaltungen zwischen ihnen stattfinden können. Man ist in Berliner politischen Kreisen sehr zurückhaltend mit jeder Mutmaßung darüber, ob die Luganobesprechungen einen Abschluß der diplomatischen Vorbereitung der Reparations-Sachverständigen-Kommission bringen werden, oder ob vor der letzten Entscheidung noch andere Faktoren mitzuprägen müssen. So wird am 15. Dezember die Reparationskommission irgend etwas mit den neuen Reparationsverhandlungen zu tun haben, muß man damit rechnen, daß von diesem Gremium aus noch irgendwie an der Entscheidung mitgewirkt wird. Diese Entwicklung wäre gewiß bedenklich, aber man ist wohl gezwungen, heute schon mit ihr zu rechnen, zumal offenbar Amerika bereit ist, seine privaten Sachverständigen durch die Reparationskommission zur Teilnahme an den Verhandlungen des Experten-Komitees einzuladen zu lassen.

Die Vorbereitungen in Lugano.

Lugano, 7. Dezember. Die Stadt ist bereits jetzt schon zu Ehren der Reichsdelegation in den Schweizerischen und kantonalen Farben festgelegt. Als erster Delegierter traf der gegenwärtige Präsident des Völkerbundsrates Procope (Finnland) Freitagabend in Lugano ein. Mit dem nächsten Schnellzug kam der französische Außenminister Briand mit seiner Begleitung. Am Abend waren die Häuser und die öffentlichen Gebäude Luganos prächtig beleuchtet.

Französischer Appetit auf das Saargebiet.

In Paris tagte jüngst die französische Vereinigung für das Saargebiet und forderte energische Maßnahmen gegen die deutsche Werbearbeit im Saarland. Die Versammlung vertiefte sich zu der Behauptung, daß Frankreich alle, historische und juristische Ansprüche auf das Saargebiet habe. Auch an dieser Stelle war von dem vielbesprochenen Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht mit einem Wort die Rede.

Frankreich ratifiziert nicht sein Schuldenabkommen.

Der englische Finanzminister hat im Laufe der letzten Reparationsbesprechungen den Versuch gemacht, Poincaré dazu zu bewegen, die zwischen Frankreich und Amerika und zwischen Frankreich und England abgeschlossenen Schuldenabkommen zu ratifizieren. Es handelt sich dabei um das sogenannte Béranger-Mellon-Abkommen und um das Gail-lard-Churchill-Abkommen. Beide Schuldenabkommen sind praktisch in Kraft getreten, tragen aber noch einen provisorischen Charakter, da sie der Ratifikation durch die gesetzgebenden Körperschaften ermangeln. Poincaré hat das englische Ersuchen nach Pariser Pressemeldungen damit erwidert, daß er eine Ratifikation ablehne, da er nicht willens sei, den Bestand seiner Regierung im Parlament aufs Spiel zu setzen. England verspricht sich von einer solchen Maßnahme offenbar eine aktivere Mitwirkung der Vereinigten Staaten bei den kommenden Verhandlungen über die Reparationsfrage. Amerika hat aber von vornherein erklärt, daß die amerikanischen Vertreter lediglich als Privatleute an diesen Beratungen teilnehmen würden, ohne ihre Regierungen im geringsten zu binden.

Ostpreußen-Rundgebung in Berlin.

Der Reichsverband der heimatgetreuen Ost- und Westpreußen hat am Donnerstag in Berlin eine Rundgebung veranstaltet, bei der der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, eine Schilderung besonders der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens gab. Freiherr von Gans, Mitglied des Reichsrates und des preußischen Staatsrates, sprach über die landwirtschaftlichen Räte der Ostmark und über die Notwendigkeit, Staatskredite für die Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.